namentlich der Missionare ab. Es würde meiner Empfindungsweise widersprechen, wenn ich Gefühle, und namentlich die heiligsten Gefühle, welche es giebt, religiöse Gefühle, verquicken wollte mit realen Interessen. Aber nachdem das Reich den Schutz über die christlichen und katholischen Missionen in Shantung übernommen hat und wo wir die Ausübung dieses Schutzes nicht allein als eine Pflicht betrachten, sondern auch als eine Ehre, müßte es schwer für uns ins Gewicht fallen, daß der Vorsteher dieser Missionen, der Bischof Anzer, uns auf das Unzweideutigste erklärte, daß unsere Festsetzung in Kiautschau eine Lebensfrage sei, nicht nur für das Gedeihen, sondern geradezu für den Fortbestand der chinesischen Mission.

Wo es in der Theorie für uns feststand, daß wir einen Stützpunct in Ostasien gebrauchten, kam es für die praktische Politik darauf an, daß wir einerseits für die Erwerbung dieses Stützpunctes den richtigen Augenblick aussuchten, andererseits dieselbe durchführten, ohne dadurch in Verwicklung zu gerathen mit anderen in Ostasien gleichfalls interessirten europäischen Mächten und mit den beiden ostasiatischen Reichen von China und Japan. Ueber den ersten Punct, die Wahl des richtigen Augenblicks, möchte ich mich nicht weiter verbreiten. Ich meine aber, daß, wenn unseres Lebens schwer Geheimniß, wie der Dichter gesagt hat, im Allgemeinen liegt zwischen Uebereilung und Versäumniß, im vorliegenden Falle die richtige Mitte und der richtige Moment erfaßt wurden, und daß wir vorbeigekommen sind an der Scylla und der Charybdis menschlicher Entschließungen. Was unsere Festsetzung in Kiautschau angeht, ohne unangenehme Frictionen mit anderen Mächten, so sind durch dieselbe unsere Beziehungen zu keinem anderen Staate getrübt worden, wie dies auch nicht anders möglich war bei der absoluten Loyalität, Friedfertigkeit und maßvollen Selbstbeschränkung unseres Vorgehens. Wir befinden uns im Einklang mit Rußland, dessen Interessen in Europa nirgends die unsrigen durchkreuzen (Beifall. Sehr richtig!), in Ostasien vielfach mit denselben parallel laufen, und dessen natürliche Machtentwicklung wir als aufrichtige Freunde mit neidloser Sympathie begleiten. (Lebhafter Beifall!) Wir finden es natürlich nur begreiflich, wenn Frankreich von Tonkin aus neue Verkehrswege sucht. Und wir sind endlich weit entfernt davon, irgendwie oder irgendwo berechtigten englischen Interessen entgegen treten zu wollen. Wenn — nicht von Seiten der englischen Regierung, aber in einzelnen Organen der englischen Presse — zeitweise die entgegengesetzte Auffassung hervorgetreten ist, so stand dieselbe in Widerspruch mit den thatsächlichen Verhältnissen. Glücklicher Weise ist man sich in London in allen maßgebenden Stellen nicht im Zweifel darüber, daß wir im Interesse beider Länder, im Interesse des Culturfortschrittes der Menschheit und im Interesse des Weltfriedens ein harmonisches Zusammenwirken auch mit Großbritannien für ersprießlich halten. (Lebhafter Beifall.) China gegenüber haben wir unsere Forderungen in so moderirten Grenzen gehalten, daß dieselben weder der chinesischen Regierung Anlaß zu berechtigten Ausstellungen geben, noch die innere Cohäsion oder den Fortbestand des chinesischen Reichs gefährden konnten.

Den vollständigen und genauen Text des am 4. Januar durch Notenaustausch mit China abgeschlossenen Abkommens kann ich Ihnen leider nicht vorlegen, aus dem einfachen Grunde nicht, weil ein Brief von Peking nach Berlin über sechs Wochen unterwegs ist. Dagegen habe ich in Folge der in der Commission an mich herangetretenen dankenswerthen Anregung unsere Vertretung in China telegraphisch zu genaueren Mittheilungen aufgefordert und aus der Vergleichung der mir seitdem zugegangenen Meldungen mit meinen eigenen Instructionen kann ich heute in Vervollständigung der seiner Zeit vom „Reichsanzeiger" gebrachten Mittheilung den annähernden Wortlaut des Abkommens mit China wie folgt zu Ihrer Kenntniß bringen:

I. Die kaiserlich chinesische Regierung, um den berechtigten Wunsch der deutschen Regierung zu erfüllen, ebenso wie andere Mächte in den ostasiatischen Gewässern einen Punct zu besitzen, wo deutsche Schiffe ausgebessert und ausgerüstet, die Materialien und Vorräthe dafür niedergelegt, sowie sonstige zugehörige Einrichtungen getroffen werden können, überläßt der deutschen Regierung pachtweise, vorläufig auf 99 Jahre, das auf beiden Seiten des Eingangs der Bay von Kiautschau im Süd-Shantung belegene, weiter unten näher bestimmte Gebiet, dergestalt, daß es der deutschen Regierung frei stehen soll, innerhalb dieses Gebiets alle nöthigen Bequemlichkeiten und Anlagen zu errichten und die zu deren Schutze erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das der deutschen Regierung verpachtete Gebiet besteht unter Zugrundelegung der englischen Seekarte der Kiautschau-Bay vom Jahre 1863 aus: 1. der Landzunge nördlich des Eingangs der Bay, abgegrenzt gegen Nordosten durch eine von der nordöstlichen Spitze von Potato Island bis zur Meeresküste in der Richtung auf Loshan gezogenen geraden Linie; 2. der Landzunge südlich der Bay, abgegrenzt nach Südwesten durch eine vom südlichsten Puncte der süd-südwestlich von Tschiposan befindlichen Einbuchtung in der Richtung auf die Tolosan-Tasan-Inseln bis zur Meeresküste gezogene gerade Linie; 3. der Inseln Tschiposan und Potato Island sowie sämmtlichen vor dem Eingang zur Bucht gelegenen Inseln einschließlich Tolosan und Gschlientau.

II. Außerdem verpflichtet sich die chinesische Regierung, in einer Zone von 50 Kilometern im Umkreise rings um die Bucht keine Maßnahmen oder Anordnungen ohne Zustimmung der deutschen Regierung zu treffen und insbesondere einer etwa nothwendig werdenden Regulirung der Wasserläufe kein Hinderniß entgegenzusetzen. Auch gewährt die chinesische Regierung den deutschen Truppen ein Durchmarschrecht durch die bezeichnete Zone.

III. Um jeder Möglichkeit von Conflicten vorzubeugen, wird die chinesische Regierung während der Pachtdauer im Pachtgebiet Hoheitsrechte nicht ausüben, sondern sie überläßt dieselben ebenso wie die Hoheitsrechte auf der gesammten Wasserfläche der Kiautschaubucht der deutschen Regierung. Die deutsche Regierung wird auf den Inseln und Untiefen vor dem Eingang der Bucht Seezeichen errichten.

IV. Im Falle, daß das an der Kiautschaubucht verpachtete Gebiet sich für die Zwecke der deutschen Regierung nicht passend erweisen sollte, wird die chinesische Regierung der deutschen Regierung einen besser geeigneten Platz gewähren und das Kiautschaugebiet unter Ersatz der von der deutschen Regierung dort gemachten Aufwendungen zurücknehmen.

V. Eine genauere Festsetzung der Grenzen des Pachtgebietes und der deutschen Zone nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse soll durch Commissare der beiden Regierungen erfolgen.

„Hierzu möchte ich noch nachstehende Bemerkungen machen: 1. Das Pachtgebiet, dessen genaue Grenze noch nicht festgestellt ist, wird einen Flächeninhalt von 30 bis 50 Quadratkilometer haben. Es ist also wesentlich größer als der englische Besitz auf und gegenüber Hongkong. 2. Die Lage des Pachtbesitzes und die ungefähre Ausdehnung der deutschen Zone ergiebt die von mir der Budget-Commission vorgelegte Specialkarte. Diese Karte ist nur insofern zu berichtigen, als, wie nachträglich bekannt geworden ist, aus militairischen Gründen die nördliche Landgrenzlinie um einen schmalen Streifen weiter vorgeschoben worden ist, als in der Karte gezeichnet ist. 3. Darüber, welche Einwohnerzahl der deutsche Besitz hat, fehlt noch genauere Angabe. Es liegen daselbst einige kleinere Dörfer, in denen eine chinesische Bevölkerung von ein paar Tausend Köpfen wohnen dürfte. 4. Ueber die Größe der Bay liegt eine auf ganz exacten Vermessungen beruhende Angabe bis jetzt nicht vor. Dieselbe schneidet bis 20 Seemeilen in das Land ein. Ihre Einfahrt ist an der schmalsten Stelle noch immer 3000 Meter breit. Als Hafen benutzbar sind zwei Dritttheile der Bucht, und zwar die südlichen, an unserem Gebiet belegenen in einer Ausdehnung von etwa 90 Quadrat-Seemeilen. 5. Ueber die Höhe des an China zu zahlenden Pachtzinses steht noch nichts Genaueres fest. Jedenfalls brauchen wir uns hierüber keine grauen Haare wachsen zu lassen. Der zu zahlende Pachtzins wird keinesfalls ein erheblicher sein; denn derselbe soll nicht etwa den Entgelt für das verpachtete Land bedeuten, sondern eine Formalität von der Art des den Juristen bekannten Recognitionszinses zur Anerkennung des für den Kaiser von China fortbestehenden ideellen Eigenthums. Das Abkommen wegen der Sühne für die Missionare habe ich bereits der Budgetcommission vorgelegt. Ueber Eisenbahnen und Bergwerks-Concessionen ist Nachstehendes stipulirt worden: Die chinesische Regierung hat zugesagt, einer zu bildenden deutsch-chinesischen Eisenbahngesellschaft den Bau einer Eisenbahn von Kiautschau aus zunächst nordwärts und dann westwärts bis zum späteren Anschluß an das projectirte große chinesische Eisenbahnnetz zu übertragen. Die Bahn soll so gelegt werden, daß sie namentlich die im Norden von Kiautschau belegenen Kohlenfelder von Weihsien und Poshan berührt. Die Ausbeutung dieser Kohlenlager soll deutschen Unternehmern zugestanden werden. Die chinesische Regierung hat sich ferner verpflichtet, der zu bildenden Eisenbahngesellschaft mindestens ebenso günstige Bedingungen zu gewähren, wie sie irgend eine andere europäisch-chinesische Eisenbahngesellschaft in China erhalten hat. Weitere Verhandlungen, die theils eine Ausdehnung dieser Concessionen in gewisser Richtung, theils deren genaue Fixirung im Einzelnen zum Ziele haben, schweben noch. Der Stand dieser Verhandlungen ist kein ungünstiger.

Ich möchte besonders constatiren, meine Herren, daß wir aufrichtig die Wohlfahrt von China wünschen, und wir wünschen den Fortbestand von China. Ich glaube auch nicht, daß dieses alte Reich von heute auf morgen auseinanderfallen wird. (Heiterkeit.) Ich habe einem wißbegierigen Diplomaten, der mich fragte, wie lange ich glaube, daß das chinesische Reich noch bestehen würde, erst vor wenigen Tagen geantwortet, das chinesische Reich bestände nun schon seit 4377 Jahren, und ich sehe gar keinen Grund ein, warum das wenigstens nicht noch dreitausend Jahre so weiter gehen sollte. (Große Heiterkeit.) Wir denken schließlich nicht daran, dem japanischen Volke nahe treten zu wollen, dessen rasche Entwicklung und hohe Begabung Europa Achtung einflößen.

Ich möchte noch ein Wort sagen über die Wahl von Kiautschau. Unter den Gründen, die uns veranlaßt haben, gerade nach Kiautschau zu gehen, stand neben der Nothwendigkeit des Schutzes für unsere Missionare, die schon von mir in der Budgetcommission angedeutete Erwägung im Vordergrunde, daß wir dort von der englischen und französischen Actionssphäre und von der russischen Operationsbasis gleich weit entfernt sind und somit durch unsere Festsetzung die Interessen jener Mächte nicht tangiren. Im Uebrigen stimmen die Berichte aller zuverlässigen und sachverständigen Kenner der ostasiatischen Verhältnisse darin überein, daß Kiautschau als Hafenplatz, als Klima und Hinterland in maritimer und ökonomischer Hinsicht, als Lager und Umgebung gerade diejenige Position ist, die wir in Ostasien gebrauchen. Gewiß, wenn es in China einen idealen Punct gäbe, der nur Lichtseiten hätte und keine Schattenseiten, dessen Erwerbung gar keine Schwierigkeiten verursachen würde, und dessen Entwickelung gar keine Kosten bereiten würde, so hätten wir uns sicherlich dahin gewandt. Ein solches Utopien existirte aber in China nicht. Wir leben in einer realen und unvollkommenen Welt und mußten mit den gegebenen Verhältnissen rechnen. Unter den erreichbaren und vorhandenen Plätzen war Kiautschau Alles in Allem weitaus der geeignetste. Kiautschau bietet den Vorzug einer sehr großen und dabei durch ihre Einfahrt doch leicht zu vertheidigenden eisfreien, tiefen, in absehbarer Zeit nicht mit Versandung bedrohten Bucht, welche auch bei schlechtem Wetter vollen Schutz gewährt und mehr als genügende Unterkunft für jede Kriegsmarine wie für den bedeutendsten Handelsverkehr. Es besitzt eine centrale Lage zwischen den Golfen von Japan, Petschili, Korea und den Mündungen des Yangtsekiang. Es besitzt für chinesische Verhältnisse ein gutes Klima, vielleicht das beste in China, es besitzt vor allen anderen chinesischen Häfen den Vorzug, Steinkohlen in seiner Nähe zu haben. Die Herstellung von Eisenbahnverbindungen zwischen Kiautschau und den Kohlenlagern von Shantung und bis zum Hoangho ist nicht verknüpft mit erheblichen technischen, noch mit unverhältnißmäßigen finanziellen Schwierigkeiten. Für die Herstellung dieser Eisenbahnverbindungen wie für die nothwendigen Hafenanlagen rechnen wir auf die Mithilfe des deutschen Privatcapitals. Wo geerntet werden soll, muß auch gesäet werden. Wir glauben aber, daß das Samenkorn, das wir bei Kiautschau in den Boden senken, Frucht bringen wird. Jedenfalls werden wir dasselbe sorgsam pflegen, wir werden nach Möglichkeit darauf hinwirken, daß Risico und Gewinn, Einsatz und Ertrag, im richtigen Verhältniß bleiben. Wir werden vorgehen ohne Ueberhastung, aber auch ohne kleinliche Engherzigkeit, stetig, besonnen, Schritt für Schritt, nicht als Conquistadoren, aber auch nicht als Calculatoren, sondern, wenn ich mich so ausdrücken darf, als tüchtige und kluge Kaufleute, die, wie weiland die Maccabäer, die Waffe in der einen Hand haben, in der anderen aber die Kelle und den Spaten. Ich glaube, daß ein Diplomat noch sorgfältiger als andere Menschen sich hüten soll vor ängstlicher Schwarzseherei wie vor trügerischen Illusionen, und daß er nicht ruhig und sachlich und nüchtern genug urtheilen kann. Ich habe keine Luftschlösser vor Ihnen aufgeführt und mich jeder Schönfärberei enthalten. Ich bin aber überzeugt, daß die Erwerbung von Kiautschau der Ausbreitung christlichen Glaubens und christlicher Gesittung zum Segen gereichen, und daß sie förderlich sein wird für die wirthschaftliche Entwickelung und für die politische Machtstellung des deutschen Volkes. (Wiederholter lebhafter Beifall.)

Nach dem Abg. Dr. Barth führte Herr v. Bülow aus:

Die deutsche Politik gegenüber Kreta hat sich nicht geändert. Deutschland hat dort nur das Interesse, daß Kreta nicht zur Brandfackel wird. Wer das Glück haben wird, die schöne Insel schließlich zu regieren, ist uns egal. Ich möchte nur betonen, daß man hierbei auch auf die Minorität der kretischen Bevölkerung Rücksicht nehmen muß, denn die Muhamedaner machen ein Drittel derselben aus. Doch kommt es uns auch hierbei mehr auf den Frieden als auf das Princip an. Die bekannten Knochen des Pommerschen Grenadiers und die Fäuste unserer Matrosen werden aber nicht in Bewegung gesetzt werden. Um das europäische Concert aufrecht zu erhalten, haben wir uns an allen Schritten der Majorität der Mächte betheiligt. Andere Anforderungen sind an uns bis jetzt nicht herangetreten.

Wir werden aus dem Rahmen unserer vorsichtigen und reservirten Politik nicht herausgehen. Es ist ja nicht möglich, daß in einem Concert, noch dazu in einem europäischen Concert, Jeder dasselbe Instrument spielt. (Heiterkeit.) Der Eine schlägt die Trommel, der Andere stößt in die Trompete, ein Dritter hält die große Pauke in der Hand (Heiterkeit); wir bliesen in Konstantinopel die Flöte diplomatischer Einwirkung und Ueberredung, und wir bliesen sie nicht umsonst, weil gerade die Pforte weiß, daß wir ihr objectiv gegenüberstehen, indem wir im entscheidenden Moment — beispielsweise als es sich darum handelte, ob die Türkei dem besiegten Griechenland den gewünschten Waffenstillstand gewähren oder nach Athen marschieren sollte, — ihr sagten, daß sie sich nicht den vereinten Wünschen aller europäischen Mächte gegenüberstellen dürfe. An einem positiven Druck auf die Pforte werden wir uns nicht betheiligen (Sehr gut!), weil die Folgen unberechenbar sind, und weil in der Türkei und anderswo allerlei Ueberraschungen hervortreten können. Was aus Kreta schließlich werden wird, kann ich Ihnen auch beim besten Willen nicht sagen. (Große Heiterkeit.) Das kann Ihnen Niemand sagen, das ruht im Schooß der seligen Götter. Das aber kann ich sagen, daß Deutschland sich nicht in die Complicationen hineinziehen lassen wird, die unter Umständen aus der kretischen Frage hervorgehen können, und daß der kretensische Wogenprall nicht an die deutschen Küsten anbranden wird. Daraus ergiebt sich unsere Stellung gegenüber der Candidatur des Prinzen Georg von Griechenland. Wenn sich die Pforte mit allen Mächten über diese Candidatur geeinigt haben würde, würden wir nicht Nein gesagt haben. Eine Pression auf die Pforte machen wir nicht mit. Wenn Streit entsteht, treten Wir ruhig bei Seite, wenn Dissonanzen laut werden, legen wir die Flöte still auf den Tisch und verlassen den Concertsaal. (Große Heiterkeit.) Das entspricht sowohl unserer Friedensbedürftigkeit wie unserer Uninteressirtheit in orientalischen Dingen und in der Mittelmeerfrage. Wir sehen uns dadurch auch nicht in Widerspruch mit Rußland, mit dem uns nicht nur altehrwürdige Traditionen verbinden, sondern mit dem wir auch durch wichtige Interessen verknüpft sind, und von dem uns kein tiefgehender Gegensatz trennt. Wir widersetzen uns weder Rußland, noch Frankreich, noch England, noch irgend einer Macht, wir betheiligen uns nur nicht an einem Schritt, der bedenkliche Folgen haben könnte, und wir übernehmen keine Verantwortung für Entschlüsse, die wir für gefährlich halten.

Es ist hier und da in Europa die Ansicht verbreitet, als ob unsere Haltung gegenüber den orientalischen Wirren keine ganz unparteiische wäre. Diese Ansicht entspricht aber nicht den thatsächlichen Verhältnissen. Unsere Politik gegenüber dem griechisch-türkischen Streit ist von Anfang bis zuletzt sine ira et studio geleitet worden. Wir waren und sind weit entfernt von blinder Parteinahme für den einen und unberechtigter Rancüne gegen den anderen Theil. Die deutsche Politik hatte von Anfang an gegenüber diesem Kriege nur zwei große Interessen. Erstens das Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und dann das Interesse, daß die lange verkannten und wohlberechtigten Interessen der deutschen Gläubiger in Griechenland ausreichend befriedigt werden. Wenn es auch nicht gelungen ist, das in Kreta entstandene Feuer im Keime zu ersticken, so wurde es doch localisirt und erreicht, daß es nicht die anderen Balkanstaaten und damit Europa ergreife. Allerdings ist das große Schwergewicht der deutschen Politik in die Schale nicht zu Gunsten der Griechen geworfen worden. Das kommt eben daher, daß in dem vergangenen griechisch-türkischen Kriege die Griechen die Angreifer, die Türken der angegriffene Theil waren. Es entspricht nicht den Traditionen der deutschen Politik, sich zu ereifern für Denjenigen, der einen Streit vom Zaune bricht. Dazu kam noch eine andere Erwägung, die ich mich nicht scheue, hier ganz offen auszusprechen. Die Griechen hatten durch die Art und Weise, wie sie ihren Verpflichtungen gegen ihre deutschen Gläubiger nachgekommen oder vielmehr nicht nachgekommen sind, nicht dazu beigetragen, sich unsere Sympathien zu sichern. Wenn wir dem griechischen Volke, für dessen Emancipation unsere Väter und Großväter geschwärmt haben, einen aufrichtigen Freundesrath ertheilen dürfen, so würde es der sein, nach Wiederherstellung des Friedens sich vor Allem der Ordnung seiner inneren Verhältnisse und der Sanirung seiner Finanzen zu widmen. (Beifall.) Les bons comptes font des bons amis — den Deutschen zahle Deine Schulden und das Uebrige wird sich finden — (Große Heiterkeit). In orientalischen Angelegenheiten bleiben wir bei dem Grundsatze, daß wir nur da zu haben sind, wo es sich um die Wahrung und Sicherung des Friedens handelt. Denn wenn ich auch weit davon entfernt bin, wie der Bürgersmann im „Faust" es hübsch zu finden, wenn fern in der Türkei die Völker aufeinander schlagen (Heiterkeit), so meine ich doch, daß es auf diesem Gebiete die erste Pflicht der Regierung ist, zu sorgen, daß der Deutsche in Ruhe sein Gläschen trinken kann, und segnen Frieden und Friedenswerke. (Lebhafter Beifall.)

Deutsches Reich.

* **Leipzig**, 9. Februar. Von der „Allgemeinen Centralzeitung für Thierzucht" geht uns mit der Bitte um Abdruck ein Artikel zu, dem wir Folgendes entnehmen:

„In der Petition der Berliner Fleischerinnung, welche an den Reichstag und an den Herrn Reichskanzler gerichtet worden ist, um eine Oeffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr herbeizuführen, hat bereits die „Corr. des Bundes der Landwirthe" gebührend Stellung genommen. Hierauf hat das Organ des deutschen Fleischerverbandes, die „Deutsche Fleischerzeitung", mit dem ewig wiederkehrenden Schlagwort der agrarischen Begehrlichkeit und der sich berechtigt aufbäumenden Entrüstung des Zwischenhandels gegen dieselbe geantwortet. . . In der Berliner Petition kann man schon auf Grund der Motive, welche in Königsberg die Preise dictiren, einige Schlüsse ziehen. Der Handel ist im Großen und Ganzen bei seiner Entfaltung überall auf dem Erdball mit demselben Wasser getauft und von demselben Geist durchdrungen. Für denselben gelten allüberall dieselben Gesetze. Man handelt am Nordpol, Aequator und Südpol mit ein und denselben Grundsätzen und bei der erforderlichen Routine überall mit demselben Erfolge. Ob der Handel in Eisen, Papieren, Därmen, Holz, Fleisch sich bewegt, ist für den Erfolg im Großen und Ganzen gleichgiltig. Derjenige ist der Angesehenste, welcher in möglichst kurzer Zeit mit geringstem Aufwand das meiste Geld verdient. Das Beispiel des Fleischhandels von Königsberg zeigt, wohin und auf wessen Kosten man unter dieser Blüthe wirthschaftlicher Entwickelung gelangt. Erstrebenswerth kann das Königsberger Muster für keinen Theil ebenso wenig für den Producenten als auch für den Consumenten sein, aus deren Fell die Riemen geschickt geschnitten werden. Wir brauchen eine Wirthschaftspolitik, die Fleisch macht, und dieses kann sie nur thun, wenn dieselbe den Schutz und die Hebung der heimischen Viehzucht in ihrem Programm obenan schreibt. Ja, diese Wirthschaftspolitik ist uns nothwendiger als diejenige, welche Brod schafft. Die erdrohende (!) Gefahr der Abschneidung der Zufuhren nach Deutschland würde in seiner Folge für die Ernährung unseres Volkes in Waffen und am heimischen Herd durch Entziehung des werthvollsten Nahrungsmittels, des Fleisches, mindestens ebenso empfindlich sein, als der Mangel an Brodgetreide. Wir müssen uns aus vornehmer nationaler Pflicht in der Thierproduction auf eigene Füße zu stellen gewöhnen."

Es ist zu bedauern, daß durch solche maßlose Vertretung der eigenen wirthschaftlichen Interessen, durch solche sinnlose Herabwürdigung des Kaufmannsstandes und des Fleischerhandwerkes das Verständniß für die berechtigten Forderungen der Landwirthschaft vermindert wird. Die Redaction der „Allgemeinen Centralztg. (!) für Thierzucht" befindet sich übrigens weder „am Nordpol", noch „am Südpol", sondern in Posen.

C.H. **Berlin**, 9. Februar. Wenn man sagt, daß die Agitatoren bei Lohnbewegungen immer sehen, wo Barthel den Most holt, so erheben sie ein außerordentliches Geschrei und erklären diejenigen für Verleumder, welche an ihrer Uneigennützigkeit zweifeln. Vor uns liegt die Abrechnung über die letzte Maurerlohnbewegung in Berlin, sie war nur von ganz kurzer Dauer; von den 60 595 M Einnahmen verblieben noch in der Casse 21 803 M. Für Bausperren wurden ausgegeben 23 714 M, für Maßregelungen 2373, für Proceßkosten 2393 M, für die Lohncommission 3247 M. Sehr groß dürfte die Commission kaum gewesen sein, mehr als 3 „Zielbewußte" werden wohl selten hineingewählt; an 1100 M Entschädigung für eine kurze Lohnbewegung ist doch eine ganz außerordentlich hohe Bezahlung; für Drucksachen sind 1581,80 M ausgegeben worden, das ist auch eine hohe Summe. Soviel beweist jedenfalls die Abrechnung, daß die Leiter der Lohnbewegung immer sehen, wo sie bleiben.

* **Berlin**, 9. Februar. Der Hülle'sche Zeitschriftenverlag hat sich bekanntlich höchster Gunst zu erfreuen. Neuerdings wird folgender Erlaß des Landwirthschaftsministers vom 20. November 1896 bekannt:

Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß den Bestrebungen des Christlichen Zeitschriftenvereins, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, durch Einführung volksthümlicher und billiger Schriften dem Einflusse der staatsfeindlichen, insbesondere der socialdemokratischen Presse entgegenzuwirken, seitens aller Ressorts die thunlichste Förderung zu Theil werden, und daß besonders von den staatlichen Betriebs-Verwaltungen für Verbreitung der Vereinszeitschriften unter ihren Arbeitern und niederen Beamten gesorgt werden möge. Das beigefügte Druckheft nebst Aufruf (a) giebt über die vielseitige Thätigkeit des Vereins und der mit ihm verbundenen Zweigvereine nähere Aufschluß. Auch hat sich der Schriftführer und Leiter der Vereinsunternehmungen, Prediger Hülle — Berlin SW., Alte Jakobstraße 129 — bereit erklärt, jede gewünschte nähere Auskunft über den Verein zu geben und eine Auswahl von Probenummern der einzelnen Schriften zur Verfügung zu stellen. Ich veranlasse die königliche Regierung, die Bestrebungen des Christlichen Zeitschriftenvereins nach Möglichkeit zu unterstützen und geeignete Anordnungen für Verbreitung der Vereinsschriften unter den Arbeitern und niederen Beamten zu treffen. Der Minister für Landwirthschaft, Domainen und Forsten. Im Auftrage: Donner.

Y. **Berlin**, 9. Februar. (Telegramm.) Der **Kaiser** nahm auf dem gestrigen Ball folgende Meldungen entgegen: des Generals der Infanterie v. Lindequist, des Gesandten v. Waecker-Gotter, des neu ernannten Regierungs-Präsidenten v. Moltke, des Grafen zu Dohna-Schlobitten, des Bezirks-Präsidenten für Lothringen Freiherrn v. Hammerstein, des General-Consuls in Sofia v. Reichenau, des neu ernannten Wirklichen Geheimen Raths Dr. Schoene, des aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe verabschiedeten und zum Wirklichen Geheimen Rath ernannten Herrn v. Wendt, des aus dem Ministerium des Innern verabschiedeten und zum Wirkl. Geh. Rath ernannten Herrn Haase, des Rectors der Universität Prof. Schmoller, des Rectors der Technischen Hochschule Prof. Witt und des Componisten v. Woikowsky. Heute Morgen um 9 Uhr machte der Kaiser den gewohnten Spaziergang und hörte um 10 Uhr den Vortrag des Wirkl. Geh. Rathes Dr. v. Lucanus. Um 12½ Uhr begab er sich nach Potsdam, um dort an einem Frühstück bei dem General v. Kessel und Abends an einem Liebesmahle beim Officiercorps des 1. Garde-Regiments z. F. theilzunehmen.

B. **Berlin**, 9. Februar. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Z." schreibt: Aus einem lippischen Blatte geht die (im „Leipz. Tagebl." bisher nicht erwähnte. Red.) Mittheilung durch die Presse, der Bundesrath habe schon am 3. d. M. in einer Sitzung, in welcher der sächsische Gesandte Graf Hohenthal über den schon erwähnten schaumburg-lippischen Antrag referirte, beschlossen: dem lippischen Landtage sei aufzugeben, die Berathung und Beschlußfassung über Thronfolge- und Regentschaftsgesetz vorläufig auszusetzen. Die Unglaubwürdigkeit dieser Behauptung liegt auf der Hand: der Bundesrath wird so wenig dem lippischen, wie dem preußischen Landtag etwas „aufgeben". Er richtet seine Beschlüsse an die Bundesregierungen; wenn er über den schaumburg-lippischen Antrag schon etwas Anderes, als die übliche Verweisung an einen Ausschuß, beschlossen hat, so wird es wohl ein unter den obwaltenden Umständen selbstverständliches Ersuchen an die lippe-detmoldische Regierung sein, die Sache nicht weiter zu führen, bevor der Bundesrath über sie beschlossen hat.

— Die „Ostsee-Ztg." erfährt bezüglich der Conferenz über die weitere Ausbildung des kaufmännischen Unterrichtswesens, daß im Besonderen die kaufmännischen Vertretungen von Altona, Berlin, Breslau, Danzig, Königsberg, Stettin erklärten, „daß sie ein Bedürfniß für die Errichtung selbstständiger Handelshochschulen als vorhanden nicht anerkennen, daß sie es dagegen für zweckmäßig erachten, an die bestehenden Hochschulen handelswissenschaftliche Lehrfächer anzugliedern, ohne den besonderen Bestrebungen einzelner Städte zu präjudiciren."

— Zur Feier des 70. Geburtstages des Abg. von Kardorff veranstaltet der deutsche Bimetallistenbund morgen ein Festessen im Hotel „Reichshof".

* **Hamburg**, 8. Februar. In der Klagesache des Oberförsters Lange gegen den Fürsten Bismarck wegen seiner Pensionsansprüche fand kürzlich in Königsberg die Vernehmung des als Zeugen vorgeschlagenen Oberpräsidenten Grafen Wilhelm v. Bismarck statt. Dieser Zeugentermin soll, wie verlautet, ohne ein positives Ergebniß verlaufen sein. Graf Bismarck soll sich nicht mehr mit Bestimmtheit haben erinnern können, welche Worte er damals mit Bezug auf die etwaige Pensionirung des Oberförsters Lange gebraucht hat.

* **Metz**, 8. Februar. Ueber eine verschärfte Grenzbewachung auf französischer Seite wird der „Straßburger Post" von hier geschrieben: „Allen Reisenden, die nach Frankreich fahren, sei der gute Rath gegeben, sich mit ausreichenden Ausweispapieren zu versehen. Wahrscheinlich in Folge der Dreyfus-Bewegung scheinen seitens der französischen Grenzpolizei die Ueberwachungsmaßregeln gegen Reisende in letzter Zeit strenger gehandhabt zu werden als früher. Nicht nur werden die Reisenden jetzt an den französischen Grenzstationen sehr häufig angehalten und nach ihren Papieren gefragt, sondern es scheint sogar, daß in manchen Fällen, namentlich bei solchen Reisenden, deren Aeußeres einen militairischen Anstrich hat, noch eine besondere Ueberwachung angeordnet wird." Es wird dann von einem Kölner Herrn von martialischem Aeußeren berichtet, der in dieser Beziehung unangenehme Erfahrungen in Nancy machte.

* **München**, 8. Februar. Auf eine Anfrage von Vollmar's erwiderte der Minister des Innern v. Feilitzsch in der heutigen Plenarsitzung der bayerischen Abgeordnetenkammer, von einer Ausübung polizeilicher Thätigkeit in Bayern durch die preußische politische Polizei sei der bayerischen Staatsregierung absolut nichts bekannt. Bezüglich des Posadowsky'schen Erlasses bemerkte er, die bayerische Staatsregierung habe das Coalitionsrecht stets im Sinne der Gewerbeordnung geschützt und stehe der Ausfechtung von Streiks völlig objectiv gegenüber, sie schreite aber naturgemäß gegen Vergewaltigungen Arbeitswilliger ein.

Asien.

Englands Niederlage.

* **London**, 9. Februar. (Telegramm.) Die Erklärungen Lord Salisbury's über die chinesische Frage werden von den meisten Morgenblättern etwas enttäuschend bezeichnet. Die Errungenschaften der britischen Regierung gegenüber Rußland und Deutschland scheinen nicht gänzlich zu befriedigen, das Scheitern der Anleihe wird allgemein als Schlag für das Prestige Englands beklagt. Die „Times" schreiben nach dem Hinweis auf die Versicherungen Rußlands, das sei soweit befriedigend, aber die Freude darüber werde getrübt durch die Betrachtung, daß, während Englands Weg zum Handel in der Mandschurei nothgedrungen überseeisch sei, Rußland natürlich den Zugang über Land durch seine neue Eisenbahn suchen werde. Der „Standard" fragt, warum der Schatzkanzler mit Krieg drohte, wenn keine Zeichen einer Neigung vorhanden gewesen seien, Englands Vertragsrechte in China zu vernichten oder zu gefährden; jedenfalls sei England aus einer Lage, die angeblich voller Gefahren und Krisen war, mit leeren Händen hervorgegangen, während andere, bezüglich deren Englands Besorgnisse geweckt worden seien, sich viel aneigneten und auf ihre Hoffnungen, noch ein gut Theil mehr zu erlangen, nicht verzichten. Mager, wie Lord Salisbury's Erklärung sei, versinke sie in Nichts im Vergleich mit der vollen Auskunft, die der deutsche Minister der auswärtigen Angelegenheiten dem Reichstage gestern zu geben für nöthig befunden habe. Die Oppositionsblätter urtheilen ebenfalls mehr oder weniger abfällig; nur der „Daily Telegraph" rühmt Salisbury's Handhabung der Reichsinteressen als großen diplomatischen Triumph. (Voss. Ztg.)

Prinz Heinrich.

* **Colombo**, 9. Februar. (Telegramm.) Die „Deutschland" ist gestern Abend 9 Uhr hier eingetroffen. Prinz Heinrich ist heute früh 9 Uhr 20 Min. an Land gegangen. (Wiederholt.)

(Fortsetzung des Textes in der 1. Beilage.)